

Der Krieg in der Ukraine und seine Folgen in Deutschland: Positionierung zur ausgerufenen Zeitenwende

Mit massiver militärischer Gewalt führt Russland seit dem 24. Februar einen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Menschen sterben, werden verletzt und traumatisiert. Menschen verlieren ihre Familie, Freund*innen und Nachbar*innen. Sie verlassen ihre Häuser und Wohnungen und fliehen zu Hunderttausenden vor der Gewalt der Gegenwart in eine ungewisse Zukunft. Häufig ohne zu wissen, wo sie die nächsten Tage, Wochen und Monate verbringen werden. In Sorge um ihre Nahestehenden und Lieben. In Ungewissheit auch darüber, ob sie jemals wieder in ihre Dörfer und Städte zurückkehren können und was von diesen nach dem Krieg noch übrig ist. Nichts rechtfertigt dieses Leid, nichts rechtfertigt diesen Krieg. Unser Mitgefühl gilt all jenen, die nun bangen müssen, deren Leben nun nicht mehr das gleiche ist – in der Ukraine, in Russland und in allen Gebieten, die noch in Mitleidenschaft gezogen werden. Unsere Solidarität gilt auch all jenen, die sich in Russland gegen diesen Krieg wenden und die mit öffentlichen Äußerungen erhebliche staatliche Repressionen riskieren. Wir sind zutiefst beschämt darüber, dass wir, die Bürger*innen der Bundesrepublik Deutschlands, über die Energieimporte diesen Krieg gegen die Ukraine mitfinanzieren. Es wäre vermeidbar gewesen. Durch die politischen Vorgaben und Blockaden beim Ausbau der Erneuerbaren Energien seit 2012 und die Ignoranz gegenüber der Notwendigkeit, den Verbrauch von Gas, Öl und Kohle zu reduzieren, konnten fossile und atomare Energien zu strategischen Mitteln des Krieges werden.

Es muss jetzt alles getan werden, damit die russische Regierung den Angriffskrieg in der Ukraine beendet. Unser Ziel ist die Rückkehr zu diplomatischen Lösungen für Frieden in der Ukraine, für einen gesamteuropäischen Frieden und für eine Welt der Abrüstung. Als Verbände mit international tätigen Mitgliedsorganisationen, Mitgliedern und internationalen Partner*innen stehen wir für eine internationale Zusammenarbeit, die zur zivilen Friedenssicherung beiträgt. Die den Wiederaufbau und die Befriedung von Konflikten ermöglicht und eine nachhaltige Entwicklung fördert, die allen Menschen die volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erlaubt. Wir fordern die öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit, die zentraler Teil einer aktiven Friedenspolitik ist, dauerhaft gesichert aufzustocken.

Hilfe in Not

Akute Hilfe in der Not zu leisten, ist ein Gebot für die Zivilgesellschaften und die Staaten Europas. Viele unserer Mitglieds- und Partnerorganisationen, zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen und Einzelpersonen, unterstützen bereits dabei, Menschen in der Ukraine mit Wasser, Nahrung, Medikamenten und anderen lebenswichtigen Dingen zu versorgen. Sie helfen den aus dem Land Flüchtenden bei der Ankunft in anderen europäischen Ländern, organisieren in aller Eile Unterkünfte und unterstützen bei der Versorgung mit dem Nötigsten. Nicht abzusehen ist, wie lange dieser Krieg dauert und wann geflüchtete Menschen in die Ukraine zurückkehren können. Wir begrüßen, dass die EU dafür gesorgt hat, dass Geflüchtete aus der Ukraine europaweit einen humanitären Aufenthaltsstatus bekommen, der ihnen den Zugang zu Arbeit, Bildung und Sozialleistungen sichert. Wer jetzt aus der Ukraine flieht, ob mit ukrainischem Pass oder nicht, muss Zuflucht und Schutz finden. Wichtig ist daher, dass auch Angehörige aus Drittstaaten, die vor dem Krieg in der Ukraine fliehen, und Menschen, die vor dem 24. Februar 2022 schon die Ukraine verlassen haben, bei uns aufgenommen werden. Um die Menschen aus dem Kriegsgebiet in ihrer existentiellen Krisensituation aufzufangen, brauchen sie psychosoziale Versorgung und umfassenden Zugang zu medizinischen Leistungen und Angeboten der Eingliederungshilfe und Pflege. Die Strukturen hierfür müssen systematisch ausgebaut werden. Bei der Verteilung der Menschen innerhalb Deutschlands müssen persönliche Bindungen und Bedarfe berücksichtigt werden. Es kommt jetzt außerdem darauf an, den geflüchteten Kindern und Jugendlichen möglichst schnell und umfassend den Zugang zum institutionellen Bildungssystem zu ermöglichen und ihnen damit wieder Zuversicht und Zutrauen in die eigene Zukunft zu vermitteln.

Eine Neuorientierung: Ökologisch konsequent und sozial gerecht

Der russische Angriff auf die Ukraine erschüttert viele vermeintliche Sicherheiten in Deutschland und Europa. Und er fällt in eine ohnehin krisengeschüttelte Zeit. Die Ausbeutung der Natur durch den Menschen führt weiterhin mit großer Geschwindigkeit in eine mehrfache ökologische Katastrophe – wenn wir nicht sofort und entschlossen handeln. Die Corona-Pandemie führt zu vielfachen gesundheitlichen und sozialen Konsequenzen, die nicht überwunden sind. Und der Bedarf nach sozialer Sicherheit, nach einer Sozialpolitik, die alle mitnimmt und niemanden zurücklässt, ist angesichts der Ungleichheiten weiterhin riesig. In Kürze: Eine konsequente sozial-ökologische Wende ist für die Zukunft unserer Gesellschaft von existentieller Bedeutung.

Wir erwarten von der Ampelregierung, diese Herausforderung anzunehmen und zu gestalten. Als zwei mitgliederstarke Organisationen mit breiter Verankerung in der Fläche machen wir unmissverständlich klar: Wir müssen in Deutschland die Energieeffizienz steigern und den Energieverbrauch und Ressourcenhunger dauerhaft senken. Dazu braucht es dringend Sofortmaßnahmen durch die Bundesregierung, aber auch weitreichende strukturelle Anpassungen über den nächsten Winter hinaus. Wenn wir mit Sorge auf die Energieversorgung im Winter 22/23 schauen, müssen wir kurzfristig vor allem Energie einsparen: Tempolimit, ein Verbot von Kurzstreckenflügen, autofreier Sonntag, ein flächendeckendes, günstiges 365-Euro-Ticket für den ÖPNV und die Einführung eines günstigen Jahrestickets für Fernverkehr wie z.B. das Klimaticket in Österreich.

Eine ambitionierte Weiterentwicklung der Gebäude-Energiestandards inklusive einer Reform der Förderung sowie die Einführung eines Bonus für die Modernisierung besonders ineffizienter Gebäude. Die Bundesregierung muss schnell eine bundesweite Kampagne für Energieeinsparung starten, inklusive kostenloser Energieberatung in Haushalten und die Förderung schnell wirksamer technischer Maßnahmen zum Beispiel zur Optimierung von Heizungsanlagen. Aber auch die Industrie darf nicht aus der Verantwortung gelassen werden. Ab sofort müssen Energieeffizienzmaßnahmen, die in vorgeschriebenen Energieaudits oder Energiemanagementsystemen als wirtschaftlich umsetzbar identifiziert wurden, verpflichtend umgesetzt werden. Sollten die Maßnahmen bis zum Winter 22/23 keine ausreichende Wirkung zeigen, um die Energieversorgung zu sichern, muss die Bundesregierung zuerst eine Reduzierung der Produktion von energieintensiven und umweltschädlichen Produkten wie Plastik und Düngemitteln prüfen.

Der Krieg Russlands hat Folgen für die Agrarpolitik. Die Ukraine und Russland galten vor dem Krieg als Kornkammern der Welt. Reflexartig wird nun angenommen, dass Deutschland und die EU die Ausfälle der Ukraine und Russlands durch eine Intensivierung der Landwirtschaft ausgleichen müssten, um globale Ernährungssicherung zu erreichen. Hunger bleibt aber global gesehen ein Verteilungsproblem. Es droht eine Getreideknappheit in Folge des Krieges und es ist die Verantwortung reicher Länder wie Deutschland, dem entgegenzuwirken. Daher fordern wir für den Winter 2022/2023 eine temporäre Aussetzung des verpflichtenden Anteils von Agrokraftstoffen, um in Deutschland rund 800.000 Hektar für andere Nutzung freizumachen, beispielsweise für extensive Landwirtschaft. Flankierend ist eine flächengebundene Tierhaltung mit maximal zwei Großvieheinheiten pro Hektar gesetzlich festzulegen. Wir erwarten von der Bundesregierung die konsequente Entwicklung einer nachhaltigen Landwirtschaft: Regionalisiert, ökologisch, mit reduzierter, artgerechter Tierhaltung und dezentralen Ernährungsstrategien. Um den Energieverbrauch auch im Agrarsektor zu senken, erwarten wir von der Bundesregierung außerdem, dass sie Maßnahmen einleitet, die dazu führen, dass sparsamer mit energieintensiven Stickstoffdüngern auf den Äckern umgegangen wird. Bei optimaler Düngung lassen sich bis zu 50 Kilogramm Stickstoff pro Weizen-Hektar einsparen - ca. ein Viertel. Das ist gut für die Umwelt und die Gewässer, spart Energie bei der Düngerproduktion ein und reduziert die Abhängigkeit von russischen Düngerimporten. Um weltweite Versorgungsengpässe und humanitäre Krisen zu verhindern, braucht es zudem eine Aufstockung der Gelder für das World Food Programme (WFP).

Eine Politik der sozialen Sicherheit ist gerade in Krisenzeiten unerlässlich für die jetzt nötige gesellschaftliche Handlungsfähigkeit. Keinesfalls dürfen die öffentlichen Mehrausgaben dazu führen, dass bei den Armen und Hilfebedürftigen weiter gespart wird. Im Gegenteil: Wir fordern eine deutliche Anhebung der Leistungen der sozialen Mindestsicherung auf ein bedarfsgerechtes Niveau durch eine Erhöhung des Regelsatzes in der Grundsicherung auf derzeit 678 Euro. Außerdem sind eine Erhöhung des Wohngeldes und Ausweitung des Kreises der Empfänger*innen nötig. Angesichts der rasant gestiegenen und weiter steigenden Energie- und Lebenshaltungskosten erwarten wir von der Bundesregierung eine gezielte Unterstützung derjenigen, die unter dieser Preisentwicklung besonders leiden. Einen Tankrabatt lehnen wir als ökologisch unverantwortlich und sozial ungerecht ab. Sachgerechter wären höhere Energiezuschüsse für einkommensarme Haushalte. Um Geringverdiener*innen zu unterstützen, muss die ökologisch schädliche und

sozial ungerechte Pendlerpauschale zu einer Pendelzulage weiterentwickelt werden. Zusätzlich muss die angekündigte Einführung einer pro-Kopf-Rückzahlung (Klimaprämie) beschleunigt werden.

Ob Klimakrise oder Armut, ob Wohnungsnot oder Artensterben, ob Ressourcenverschwendung oder Pflegekrise – wir stehen vor sozial-ökologischen Herausforderungen, deren politische und gesellschaftliche Bearbeitung keinen Aufschub erlaubt. Die Entscheidungen, die die Regierung aktuell treffen muss, geo- und sicherheitspolitisch, aber nicht weniger auch sozial-ökologisch, sind nicht trivial. Sie eignen sich nicht für Hau-Ruck-Vorstöße, wie bei dem Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für Sicherheitspolitik. Wir fordern daher eine Beschäftigung im Bundestag im Rahmen der Haushaltsdebatte 2023 zu der Frage, wie eine auf Frieden, ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit ausgerichtete Zukunftspolitik auszusehen hat.

Die Finanzierung der sozial-ökologischen Wende

Die vielfach beschriebene Zäsur, die der Einmarsch Russlands in die Ukraine markiert, kann nicht folgenlos für die Finanzpolitik der Bundesregierung bleiben. Mit dem Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für Sicherheitspolitik, wird die Schuldenbremse auf Bundesebene de facto ausgesetzt. Dass dies nur für den Bereich der äußeren Sicherheit gelten soll, nicht aber für andere Bereiche und Ressorts, ist angesichts der beschriebenen notwendigen öffentlichen Investitionen fatal. Wir fordern daher eine Abschaffung der Schuldenbremse im Grundgesetz. Denn wieso sollte für die Finanzierung von Schulen, Krankenhäusern, dem Umbau von Ställen oder für die Renaturierung von Auenwäldern zum Hochwasserschutz nicht möglich sein, was für das Militär möglich ist? Für uns ist klar: An den Investitionen und Ausgaben für die national wie international dringend nötige sozial-ökologische Wende darf nicht gerüttelt werden.

Und auch der Verzicht auf Steuererhöhungen ist im Angesicht der großen Herausforderungen und kostenträchtigen Vorhaben im Koalitionsvertrag nicht mehr zu halten. Es wird höchste Zeit, dass die Ampel-Regierung ihren Kardinalfehler korrigiert und den sehr großen privaten Reichtum in diesem Land stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens heranzieht.